

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Wilsdruf.

(Sitzung am 4. Juli 1848.)

In Betreff der Mittheilung des Stadtraths, die Beschaffung eines Exercierplatzes für die Communalgarde anlangend, beschließen die Stadtverordneten, den vor dem Grumbacher Thore gelegenen Communaplatz, die sogenannte Schießwiese, zu den Uebungen für die Communalgarde zu bestimmen. Das ausgesprochene Bedenken des Stadtraths, daß der Turnverein wegen Benutzung des Platzes mit dem derzeitigen Pächter desselben bereits ein Abkommen getroffen habe, können die Stadtverordneten aus dem Grunde nicht theilen, weil sie in ihrer Sitzung am 9. September vorigen Jahres den Turnern die Wiese nur für das Jahr 1847 gegen die Entrichtung von 6 Thalern überlassen haben und der Turnrath um eine Erneuerung dieses Zugeständnisses nicht eingekommen ist. Auch glaubt man auf die Turner deshalb eine besondere Rücksicht nicht nehmen zu können und zu dürfen, weil der Commun ein anderweiter geeigneter ihr eigenthümlich zugehörender Platz nicht zu Gebote steht und die Erwerbung eines solchen einen nicht unbedeutenden Kostenaufwand verursachen würde. Aus diesem Grunde sieht man sich genöthigt, den Stadtrath um die Mittheilung an den Turnverein zu ersuchen, daß die in Rede stehende Wiese demselben nicht mehr überlassen werden könne, weil die aufgestellten Turngeräthschaften den freien Raum für die Exercitien der Communalgarde dergestalt beschränkten, daß die Uebungen in der nöthigen Ausdehnung unmöglich vorgenommen werden könnten. Es möge deshalb der Turnrath veranlaßt werden, für die Gewinnung eines anderweiten Turnplatzes Sorge zu tragen und die auf der Wiese befindlichen Turngeräthschaften binnen hier und acht Tagen entfernen zu lassen. Endlich schlagen die Stadtverordneten für die Uebungen der Turner den freien Platz in der Nähe der Rathsmühle am Mühlgraben vor, für dessen Gewinnung der Turnrath die nöthigen Schritte zu thun habe.

Den Antrag des Ausschusses des hiesigen deutschen Vaterlandsvereines, das vorhandene städtische Vermögen, soweit thunlich zu Bauten und Arbeiten zu verwenden, lehnen die Stadtverordneten ab, den vom Stadtrath gegen den Antrag angeführten Gründen beipflichtend.

Die Stadtverordneten beantragen endlich noch, daß der Stadtrath die Eintreibung der Pachtgelder für erpachtetes Communland sich möglichst angelegen sein lasse und, im Fall eine dergleichen Zahlung nicht eingehen sollte, das im Felde stehende Getreide gerichtlich mit Beschlag belegen lasse und machen den Stadtrath für die Nichtbefolgung des eben gestellten Antrags verantwortlich.

Kurze politische Umschau.

Die Frage über Ein- oder Zweikammersystem ist in der zweiten sächsischen Ständekammer entschieden worden. Es bleibt vor der Hand bei zwei Kammern, doch soll die I. Kammer anders zusammengesetzt werden und gleichsam als ein Senat der Alten ebenfalls aus der Wahl des Volks hervorgehen. Man hörte dabei wunderliche Ansichten. v. Abendroth hielt das sächsische Volk (wenn wir nämlich nur Eine Kammer hätten) möglicher Weise für so dumm, daß es nur besitzlose Jünglinge, removirte und suspendirte Advokaten und Almosenempfänger zu seinen Vertretern wählen werde, vor deren Entscheidung, ebenfalls wieder möglicher Weise, die Regierung zurücktreten müsse. Leuner nannte dagegen die I. Kammer das Nest, in das die Reaction ihre Basilliskeneier legen werde. — Wenn wir nun niemals in Zweifel darüber gewesen sind, daß der Besitzstand auch in Einer Kammer und bei directen Wahlen auslangend vertreten sein werde, weil eben Jeder dafür sorgen wird, daß er so gut als möglich vertreten sei, so müssen wir diese abermalige halbe Maßregel nur aufrichtig bedauern. Die Besizenden werden immer in die Landesvertretung kommen, weil eben der Einfluß des Ranges und Geldes nie auszuschließen sein wird. Daß freilich Geist, Sachkenntniß und Volksthümlichkeit auch dazu gehören, das versteht sich von selbst, aber davor braucht sich der Besitzstand doch nicht zu fürchten. —

Den brieflichen und Zeitungsnachrichten, wonach die Russen gegen Deutschland und Frankreich rüsten und marschiren, wird von den preu-

sischen Ministern auf mehr als sie gerichtete Anfragen widersprochen. Die Russen sollen nämlich gegen Deutschland keine feindseligen Absichten hegen. Nun, desto besser für sie und desto besser auch für uns, d. h. für die Sache der Menschheit und des vernünftigen Fortschritts. — Laut Leipz. Zeit. soll in Berlin die Republik große Fortschritte machen und zwar selbst bei Denen, die sonst der Constitution anhängen. So haben die Berliner Republikaner eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung erlassen, in welcher die Einberufung Hecker's und die Begnadigung der, bei der neulichen Schilderhebung in Baden Verhafteten verlangt wird. Sie fordern ferner die Nationalversammlung auf, den Badensern zu gestatten, sich eine ihnen beliebige Staatsform zu wählen. —

Mit der Ruhe in Prag sieht es etwas zweifelhaft aus. Können es die niedern czechischen Volksklassen durchsetzen, so scheinen sie noch gar nicht abgeneigt, den Deutschen eine Bartholomäusnacht zu feiern. Wir hoffen indeß, die Deutschen, die ja in Prag die Mehrzahl bilden, werden die Hände nun auch nicht mehr in die Tasche stecken und sich nicht allein auf den Fürsten Windischgrätz mit seinen Kanonen verlassen. Wer sich selbst verläßt, ist verlassen. Sehen die Czechen einen achtbaren und muthigen Gegner vor sich, nun, so werden sie auch mit sich reden lassen, wogegen Feigheit des Gegners ja den Zaghaftesten Feck macht und zaghaft sind die Slaven nicht. Die Deutschen in Prag mögen nicht vergessen, daß nur, wer, wie die Pariser Nationalgarde, muthig und entschlossen Gut und Blut für die Sache der Ordnung und Freiheit einsetzt, heutzutage noch Anspruch auf die Achtung